

**Verein Bremischer  
Richter und Staatsanwälte**

**Pressemitteilung vom 03.04.2009**

**Richter und Staatsanwälte kritisieren Hinhaltenaktik der Senatorin für Finanzen**

Der Verein Bremischer Richter und Staatsanwälte kritisiert die Hinhaltenaktik der Senatorin für Finanzen zur Übernahme des für die Angestellten im öffentlichen Dienst erzielten Tarifergebnisses auch für die bremischen Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Frau Bürgermeisterin Linnert hatte in einem Gespräch mit Verbandsvertretern aus der Beamten- und Richterschaft am 1. April 2009 erklärt, das für die Angestellten im öffentlichen Dienst erzielte Tarifergebnis noch nicht übernehmen zu wollen. Bremen müsse abwarten, wie die Umsetzung in den anderen Bundesländern erfolge.

Während etwa die Regierungen in Hamburg und Schleswig-Holstein bereits ihre Bereitschaft zur zeit- und inhaltsgleichen Übernahme des Tarifabschlusses auf den Beamtenbereich erklärt haben, lässt der Bremische Senat damit ein gleichermaßen klares Bekenntnis zugunsten seiner Beamten, Richter und Staatsanwälte vermissen. Erneut macht man sich damit zunutze, dass Beamte, Richter und Staatsanwälte auf eine gesetzliche Grundlage zur Umsetzung der Besoldungserhöhung angewiesen sind.

Das Hinauszögern dieser Gesetzesinitiative zeigt erneut die Bereitschaft des Bremer Senats, seine Beamten, Richter und Staatsanwälte gegenüber den Tarifbeschäftigten systematisch zu benachteiligen und in verfassungswidriger Weise nur nach Kassenlage zu besolden. Damit wird zugleich und erneut deutlich, dass die in der Besoldung zum Ausdruck kommende Wertschätzung für die von den Richtern und Staatsanwälten geleistete Arbeit nicht deren hohem Einsatz und der Bedeutung einer funktionierenden Justiz für den Rechtsstaat entspricht. Dabei zeigt bereits jetzt der Bundesvergleich der Richterbesoldung, dass Bremen hier am Ende der Skala liegt. Insoweit kann keine Rede davon sein, dass Bremen – wie Frau Linnert erklärte - „keine Vorreiterrolle“ übernehmen könne. Es geht schlicht darum, dass die Richterbesoldung in Bremen nicht noch weiter von der Gehaltsentwicklung im Tarifbereich und in den übrigen Bundesländern abgekoppelt wird.

**Der Verein Bremischer Richter und Staatsanwälte fordert daher, den Tarifabschluss für Angestellte im öffentlichen Dienst sofort und ohne Abstriche auch für die in Bremen tätigen Richterinnen und Richter, Staatsanwälte und Staatsanwältinnen zu übernehmen.**

***Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an: Clemens Bolay, Mitglied im Vorstand des Vereins  
Bremischer Richter und Staatsanwälte, Tel.: 0421-361 4110***